

Mohr's Anzeiger

Ämliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Hedra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Hedra: Frau Kaufmann Weis, Markt 24/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restemittel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostamt Hedra — Bankeverein Aachen.

Nr 117

Donnerstag, den 2. Oktober 1930

43. Jahrgang

Die Kabinettsbeschlüsse.

Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung. Berlin, 1. Oktober.

Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr den mit großer Spannung erwarteten Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung. Er stellt ein überaus umfangreiches, eine Fülle von Einzelheiten beinhaltenes Dokument dar, das nicht nur die Reichsfinanzen, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden sanieren soll und die gesamte Wirtschaft des Reiches auf eine neue Grundlage stellt. Die wesentlichen Bestimmungen des Planes belegen folgende:

Bilanz des Defizits.

1. Der Fehlbetrag des Haushalts für 1930, den die Reichsregierung auf rund 900 Millionen Mark beziffert, soll innerhalb von drei Jahren durch einen besonderen Fonds getilgt werden, und zwar in Beträgen von etwa 420 Millionen Mark im Jahr.

Haushalt 1931.

2. Um den Haushalt für 1931 auszugleichen, werden die Gehälter des Reichspräsidenten, des Reichsanwalts und der Reichsminister und der Abgeordneten um 20 Prozent, die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Pensionen der Witwen und Ruhegeldempfänger um 6 Prozent herabgesetzt, und zwar ab 1. April 1931 für die Dauer von drei Jahren. Weiter werden die Ueberweisungen an die Länder und Gemeinden um 100 Millionen Mark gestrichelt, wozu voraussichtlich infolge des Rückganges der Einnahmen weitere Kürzungen von 288 Millionen Mark treten werden. Die Höchstzahl des Reiches zur Arbeitslosenversicherung wird auf 420 Millionen Mark begrenzt. Entlich werden im Reichshaushalt Abzüge in Höhe von 800 Millionen Mark gemacht und Tabaksteuer und Zigarettensteuer erhöht, doch ist ein Mehreinnahme von 187 Millionen Mark abzuwarten.

Kontrolle für Länder und Gemeinden.

3. Die Kürzung der Beamtengehälter und Abgeordnetenbezüge wird auch für Länder und Gemeinden eingeführt. Mit den Ländern sollen Abschlüsse zur Milderung des Reiches bei der Haushaltsaufstellung vereinbart werden. Es wird eine Haushaltskontrolle für Länder und Gemeinden eingerichtet. Ferner sind Sparmaßnahmen bei der Rechtspflege und eine Verwaltungsvereinfachung in Vorbereitung. Durch diese Maßnahmen sollen auch die Haushalte der Länder und Gemeinden saniert werden.

Weitere Maßnahmen.

4. Sind eine Reihe von Maßnahmen geplant, die eine Vereinfachung des Steuerwesens, eine Neuordnung der Wohnungswirtschaft, eine Realwertentwertung, die Fortführung und den Ausbau der Agrarvergesetzgebung und die Verabschiedung eines neuen Finanzausgleichs bezwecken. Durch ein besonderes Gesetz wird endlich sichergestellt, daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer dreier Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch Eingang höherer Einnahmen erzielten Ueberschüsse für steuerliche Entlastung zu verwenden sind. Für das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für weitere Haushaltsparanien bilden, denen zur Zeit gesetzliche Bindungen entgegenstehen.

Appell an das operativwillige Volk.

Die lange Verlaubarung der Reichsregierung schließt mit folgenden Worten: „Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Teilen des deutschen Volkes Opfer, Deutschland muß aber rechtzeitige Anstöße an die Entwicklung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angeht, ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwärtigt zum Wohle des Ganzen.“

Die Aufnahme des Sanierungsprogramms

Berlin, 1. Oktober.

An den der Reichsregierung nachstehenden Kreisen wird betonte, daß alle Punkte des Sanierungsprogramms als „Sofort-Programm“ anzusehen sind mit Ausnahme des Finanzausgleichs, der später geregelt werden soll. Die Verhandlungen über die Loslösung der Arbeitslosenversicherung vom Reichsetat sollen bereits im Zusammenhange mit den Vorbereitungen des kommenden Wirtschaftsjahres geführt werden. Der Reichsarbeitsminister wird auch nach über gewisse Veränderungen der Krisenführung mit den beteiligten Stellen beraten. Außerdem dürfte auch das Spargesetz bereits in absehbarer Zeit abgelehrt werden. Durch dieses Gesetz sollen Reformen auf verlassenen Be-

zügen herbeigeführt werden, auf denen sich nach Ansicht des Kabinetts noch wesentliche Ausgaben vermeiden lassen. Dazu gehört u. a. die Frage der unzulässigen Militärrückwärt, die dem Reich jährlich 40 Millionen RM kosten. Es ist anzunehmen, daß eine Verstärkung der Bestimmung eintritt, wonach die Gemeinden Militärrückwärt einzustellen haben.

In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar damit, daß es doch gelingt, das Sanierungsprogramm auf dem versöhnlichsten Wege mit Hilfe des Reichstages durchzubringen. Man glaubt nicht, daß sich die Sozialdemokratie einer Sanierung der Reichsfinanzen und beispielsweise der Kürzung der Beamtengehälter in einem Augenblick widersetzen kann, um ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angehörten der Wirtschaft vollständig zu berauben.

An politischen Kreisen unterstreicht man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Siegel, er wird an dem Sanierungsprogramm, der mit Mut und Verantwortungsreue die unpopulären Sparmaßnahmen seines Ressorts auf sich genommen hat. Allerdings sind auch bei anderen Ministern harte Wirkliche erfolgt. So ist der Etat des Auswärtigen Amtes, der im Laufe des Jahres bereits mehrfach getilgt wurde, auch diesmal weiter zusammengeknipst worden, und zwar so stark, daß die Bezüge der Beamten im Auslande um 21 Prozent herabgesetzt werden.

Die wesentliche Schwierigkeit des ganzen Programms liegt bei den Kürzungen der Beamtengehälter, die mit den Ländern und Gemeinden direkt betreffen. Hierzu gehört besonders der Verminderung der Ueberweisungen. Der Anteil von Ländern und Gemeinden an dem Steuerertrag ist in dem Kommunale um 288 Millionen angegeben worden; davon dürfte etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen auf die Kommunen entfallen, wozu noch die Kürzung der Ueberweisungen um rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamtengehälter tritt. Das macht im ganzen 250 Millionen. Man ist der Auffassung, daß sich bei den Kommunen ein solch erhebliches Ausmaß nicht leisten läßt, als es bisher geschieht. Am liebsten ist zu hoffen, daß die schlimmsten Schwierigkeiten mit Hilfe des 80-Millionen-Fonds beseitigt werden können, der von der Haushaltsreform abgeleitet wird.

Im ganzen aber ist der erste Eindruck des Sanierungsprogramms der Reichsregierung in politischen Kreisen recht günstig, vor allem deshalb, weil es zeigt, daß das Reichsministerium den Kampf gegen die schweren Nöte des Reiches und der Wirtschaft mit aller Energie aufgenommen hat. Wie weit die Parteien im Reichstag diesen Kampf rechtlich unterstützen werden, das wird sich erst im Laufe der Verhandlungen übersehen lassen, die der Kanzler nun mit ihren Eingeleitet hat.

Der nachgeholt Besuch.

Der Reichspräsident in Aachen und Trier.

Zu der für den 10. und 11. Oktober angeordneten neuen Rheinreise des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Hindenburg wird am 10. Oktober nachmittags voraussichtlich mit seinem am 10. PZ-Zug angehängten Salonwagen um 16.28 Uhr in Aachen eintreffen. Nach dem Empfangsfeierlichkeiten wird der Reichspräsident in Aachen übernachten und am Sonnabend, dem 11. Oktober, voraussichtlich um 7.40 Uhr mit dem Zuge Aachen wieder verlassen und auf der Fahrt nach Trier den Zug in Düren für zehn Minuten verlassen, um für die kurze Zeit auf den Dürener Bahnhofsvorplatz herauszutreten. Anschließend erfolgt die Weiterreise nach Gasterbach, wo der Reichspräsident die Bahn ebenfalls für etwa zehn Minuten verlassen will. Es folgt Trier, wo die Weiterreise nach Trier, von wo der Reichspräsident abends wieder nach Berlin zurückkehren wird.

Auf der Reise wird wegen der unübersichtlichen politischen Lage, die die vollständige Umwälzung des Reichskabinetts in Berlin notwendig macht, kein Reichsminister teilnehmen.

Die Auslösung des Rhein-Ministeriums

Treue Minister ohne Geschäftsbereich.

Nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete wird Reichsminister Treue Minister ohne Geschäftsbereich. In politischen Kreisen wird angenommen, daß Treue Minister als solcher keine Bezüge erhalten wird. Bei den Kabinettsberatungen wird er voraussichtlich wohl sich aber keine Stimme haben. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist aber noch nicht erfolgt.

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewirt von Simmern, tritt infolge Abfertigung der Altersgrenze in den Ruhestand. Staatssekretär Schmid, Ministerialdirektor Müller und Präsident Gollat sind mit dem 30. September in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Hege über die Reichswehrmanöver.

Anerkennung für die Truppen.

Berlin, 30. September.

Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hege, hat nach Abschluß der großen Manöver 1930 nachstehende Verfügung erlassen:

Die große Manöverübung hat mich hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Durchführung und der von Führern, Offizieren, Truppteilern und Bewachung geleisteten Leistungen außerordentlich beeindruckt, sie hat mich gezeigt, daß das Reichsheer allen an es zu stellenden Anforderungen voll entspricht, soweit dies mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Berliner Vertrages möglich ist.

Wir persönlich war es eine große Freude und Genugtuung, dem Herrn Reichspräsidenten-Gastwirthschaft das Reichsheer in dieser ausgezeichneten Bekleidung vorführen zu dürfen.

Ich spreche allen, die an der Leitung und Durchführung beteiligt waren, für ihre tüchtende, aufopfernde Arbeit und der Truppe für ihre vorzüglichen Leistungen, die sie trotz des schließlichen Wetters gezeigt hat, meine vollste Anerkennung und meinen aufrichtigsten Dank aus.

„Berwickte Wirtschaftspragen.“

Gegen Rückgliederung des Saargebiets um jeden Preis.

Saarbrücken, 1. Oktober.

Das Bundesratsmitglied Großkaufmann Richard Becker machte auf einer Sitzung des Saargebietes für Handel und Gewerbe in Saarbrücken u. a. folgende Ausführungen: Wir haben unsere Willen, zum Reich zurückzukehren, immer wieder in deutlicher Form betont. Daß die politischen Fragen über kurz oder lang so geregelt werden, wie es dem geschäftlichen Recht unserer Saargebiete entspricht und wie wir und Deutschland es wünschen, daran zweifeln wir nicht.

Berwickte als die politischen sind die wirtschaftlichen Fragen. Schließlich wollen wir auch eine ähnliche flüssige Regelung vermeiden, wie sie 1919 im Saarland getroffen wurde, eine Regelung, die Anrecht auf Anwohnerrecht in unserem Saargebiet verbindet. Deshalb ist es unsere Pflicht, unsere gerechten Forderungen und Wünsche immer wieder geltend zu machen, denn niemand darüber im Zweifel sein kann. Wir werden Geduld und Entgegenkommen fordern von Frankreich und Verständnis von Deutschland. Wir sind gegen eine frühere Rückkehr um jeden Preis, denn das Saargebiet wird auch ohne flüssige Gegenleistungen auf Grund seines Rechtes zum Reich zurückkehren.

Schutz der europäischen Landwirtschaft.

Gegenaktion der außereuropäischen Agrarstaaten.

Genf, 30. September.

Die scharfe Opposition, die von den außereuropäischen Agrarstaaten gegen die Schutzmaßnahmen der europäischen Landwirtschaft während der Völkerverammlung zutage getreten ist, hat ihren Niederschlag in dem Bericht und der Entschließung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Völkerverammlung gefunden. Der Ausschuss nahm einstimmig eine Entschließung an, in der von den Beschlüssen der Warschauer Agrarconferenz Kenntnis genommen, jedoch abgelehnt wird, auf die Frage der Vorzugsbehandlung der europäischen Agrarprodukte Stellung zu nehmen.

In dem Bericht wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die Regierungen von Australien, Kanada, Indien, Japan, Land und Südamerika die Zustimmung des Völkerverbandes für alle Vorschläge ablehnen, die eine Vorzugsbehandlung der europäischen Agrarprodukte auf den europäischen Märkten zum Gegenstand haben.

In den langen Verhandlungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wurde von den außereuropäischen Agrarstaaten gemeinsam der Standpunkt vertreten, daß der Völkerverband nicht den Rahmen für eine Sonderregelung in die europäischen Staaten abgeben könne. Der französische Handelsminister Glavin gab eine Erklärung ab, die sich scharf gegen die Stellung der außereuropäischen Staaten richtete. Man stelle vor der Aufgabe, daß jetzt verhandelt werde, das gemeinsame wirtschaftliche Vorgehen in Europa zu erreichen. Man müsse sich fragen, was ein derartiger Versuch zünden solle, ob man nach Genf gekommen sei, um eine gemeinsame wirtschaftliche Grundlage der Zusammenarbeit zu finden, oder um systematisch täglich neue Zollmauern zu schaffen, die den internationalen Handel hindern?

Warum Diplomaten bemüht werden.

Angereicherter polnischer Verdächtigungen gegen Danzig.

Danzig, 30. September.

Die politische diplomatische Vertretung in Danzig hatte sich über angebliche Verdächtigungen polnischer Briefkästen in Danzig beim Senat beklagt.

Die Verdächtigungen bestanden in geringfügigen Krähen, deren Entschaffung kaum auf mutwillige Beschädigung zurückgeführt werden konnte, und es wurde damals gleich die Vermutung laut, daß diese Krähen auf den polnischen Hoheitsgebieten durch unvorsichtiges Umgehen polnischer Briefträger beim Entleeren der Postfäßen entstanden war.

Im Verlaufe eines Schriftwechsels zwischen dem Danziger Senat und der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig wurden daraufhin sämtliche polnischen Briefkästen fotografiert und von Danziger Polizeibeamten in bürgerlicher Kleidung Tag und Nacht bewacht, die nach jedem Einwurf eines Briefes den jeweiligen Briefkasten neu untersuchten.

des Defizits in vorausichtlicher Höhe von 165 000 RM die ihm zurechnen zu lassen. In seinen Ausführungen über die von ihm geplanten Maßnahmen kündigte er außer der Erhöhung der ...

Greiz. Zu dem auf der Strecke Gera—Weidlich erfolgten Zugunehmen ist ...

Aus Nah und Fern.

Deßau. Um die zu zahlenden Gestaltloshonorare auf Grund der ...

Jerich. Landwirt als Brandstifter. Der Landwirt Baumgarten aus ...

Magdeburg. Der der Sozialdemokratischen Partei angehörige Arbeiter und Gemeindevorsteher Werner Hartung ...

Magdeburg. Wie aus der Reichsbahninspektion Magdeburg ...

Sonnenburg. Die Sonnenburger Straßensankt wird aufgelöst. Die im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts ...

Köfeln. Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Der Baugewerkschaft Köfeln, Mitglied der sozialdemokratischen ...

Köfeln. Die Lebererkrankungsgeschichte im Arbeitsdruck ...

Marienberg. Erneute Grenzverletzung durch polnische Flieger. Zwei polnische Militärflugzeuge ...

Kottbus. Schwerer Verkehrsfall in Kottbus. In der Spremberger ...

Schweres Baumglück in Zwissau.

Zwissau, 1. Oktober. Ein schweres Baumglück ereignete sich bei einem Hausneubau im Stadteil Marienhalde ...

Kleine Chronik.

Aufzugslück im Domroster. In der Nähe von Sosonitz im Domroster ereignete sich ein furchtbares Aufzugslück ...

Umsetzung deutscher Gefangener in Südfrankreich. Eine deutsche Abordnung ...

Späterer Schulanfall wegen spinaler Kinderlähmung. Zahlreiche neue Fälle von spinaler Kinderlähmung ...

Streikunruhen in Spanien. Wegen zunehmender Ausfuhrungen ...

Unverhehrten in der Toskana. Heilige Gemitterer ...

Fingerring nach Budapest. Die ungarischen Kommunisten ...

Schlagwetterexplosion auf einer amerikanischen Kohlengrube. Auf der Kohlengrube „Anoca“ in Wilkesbarre ...

Die Leipziger Aktionisten vor Gericht

Montag begann vor dem Leipziger Reichsgericht die Verhandlung über die Leipziger Aktionisten ...

Ein Polizeiwachsmann wegen verurteilter Erpressung befreit. Der frühere Polizeiwachsmann ...

Mitglied der Braunschweiger Regierung

Braunschweig. Der neugewählte Braunschweigische Landtag ...

halten. Drei Abgeordnete hatten sich der Stimme enthalten. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter beantragte die Sitzung ...

Reichstag und Regiebetriebe

Mit großem Interesse ist allenfalls die Neuwahl des Reichstages ...

Es wird sich dann zeigen, daß die Vertretung des Mittelständlichen Handwerkerbundes ...

Man soll nicht nur wählen, um freirechtlichen Gedanken zum Durchbruch zu verhelfen ...

Handel und Börse

Magdeburger Jahresmarkt vom 29. September. (Freie für Weizener ...)

Leipziger Schlachthausmarkt vom 29. September. Auftrieb: Ochsen ...

Leipziger Bruttobörse vom 30. September. Weizen 70 bis 71 ...

Getreide der Wirtschaft Mut! Treibt sie nicht zur Verzweiflung!

Die Nöte der gegenwärtigen Wirtschaftslage werden unheimlich vergrößert durch die politischen Verwicklungen ...

Prinz Leopold von Bayern 1.

München, 29. September.

Prinz Leopold von Bayern ist im Leuchtenberg-Palais an Altersschwäche sanft entschlafen. Der Prinz stand bereits im 85. Lebensjahr. Nach unbefangenen Gerüchten soll er einer beginnenden Lungenentzündung erlegen sein.

Prinz Leopold von Bayern wurde am 9. Februar 1846 als zweiter Sohn des nachmaligen Regenten Ludwig und seiner Gemahlin Augusta geboren. Als junger Artillerieoffizier nahm er am Feldzug von 1866 teil. Im Kriege von 1870/71 zeichnete



er sich als Batteriechef bei Sedan und bei Villepion aus, wo er durch einen Pfeilschuß an der Hüfte verwundet, die beiden im Feuer stehenden Brigaden zum Stehen gegen den übermächtigen Feind brachte und dadurch einen geordneten Rückzug ermöglichte. Von 1887 bis 1892 war er kommandierender General des ersten bayerischen Armeekorps in München und von 1892 bis 1913 Generalinspekteur der dritten Armee-Inspektion, die drei bayerischen und zwei preussische Armeekorps umfaßte. Im Jahre 1915 wurde er Generalleutnant. Im Juni 1915 wurde er zur Führung einer Armee gegen Rußland berufen, mit der er Warschau eroberte. Nachdem der weitere Vormarsch im September zum Stehen gekommen war, wurde er Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe und löste an Stelle Hindenburgs Oberbefehlshaber im Osten. Mit Hindenburg stellte er sich nach dem Zusammenbruch der neuen Reichsregierung zur Verfügung, um das Chaos vermeiden zu helfen. Seit dem Amtszug nach der Krone, der seit 1870 mit der verstorbenen Tochter des Kaisers Franz Joseph, Gisela, verheiratet war, in München.

Betr. Verpachtung von städtischen Gärten.

Die rd. 40 Morgen großen Gärten der Stadt hinter den Weinbergswegen werden ab 1. Oktober 1931 verpachtet. Neuverpachtung der Gärten soll am **Sonnabend, den 4. Oktober d. Js., nachmittags 2 Uhr im Ratskeller** stattfinden. Die Pachtbedingungen werden im Termin bekannt gegeben. Nebra, den 1. Oktober 1930.

Der Magistrat. Grünberg.

Praxis verlegt nach Wilhelmsplatz 16

(Neben Hotel „Zur Weintraube“)

Sprechstunden von 9—5 Uhr

Behandlung v. Krankenkassenmitgliedern

Telefon 320 E. Körlin, Rossleben Telefon 320
staatl. gepr. Dentist

Stellen-Anzeigen

„Personal-Anzeiger des Daheim“
werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenzuschlag vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, aber ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Pfg. für die Zeile (= 7 Zeilen) bei Stellenangeboten und nur 75 Pfg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Pfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig anzugeben.

Buchdruckerei Wiltz, Sauer, Rosleben.

Mitbürger!

Schafft Arbeit für Handwerk und Gewerbe!

Das Handwerk ist in Not, Tausende geschickter Hände haben keine Beschäftigung, sie wollen Arbeit statt Almosen.

Vergebt Aufträge

lasst Häuser und Wohnungen instandsetzen, ergänzt Kleidung und Haushaltsgegenstände, unterstützt das Kunsthandwerk, beschäftigt keine Schwarzarbeiter.

Kauft

in den Läden und Werkstätten des Mittelstandes! Auch die kleinsten Aufträge sind willkommen.

Mitteldeutscher Handwerkerbund

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit . . .

Das Disziplinarverfahren gegen Oberbürgermeister Böß. Berlin, 30. September

Vor dem Reunten Senat des Oberverwaltungsgerichts begann die Berufungsverhandlung gegen den Berliner Oberbürgermeister Böß. Vorsitzender dieses Senats ist Senatspräsident Dr. Grubner, der aber von den Verteidigern des Oberbürgermeisters wegen Befangenheit abgelehnt wurde. Für Grubner hat Oberverwaltungsgerichtsrat von Seipius die Leitung der Verhandlung übernommen.

In der ersten Instanz war auf Dienstentlassung bei gleichzeitiger Kürzung der Pension gegen Oberbürgermeister Böß erkannt worden, wogegen Böß Einspruch erhoben hatte.

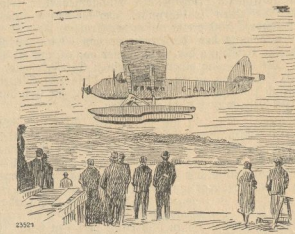
In Vorbereitung der Verhandlung sind bereits Anfang September Leo und Max Klarer sowie ihr Buchhalter Lehmann wegen der bekannten Beangenehmung vorkommen worden. In diese besonders befallend für den Oberbürgermeister, wird gerade darauf eingehend eingegangen werden. Die Verhandlung geht, wie schon in der ersten Instanz, unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit vorstatten.

Prager Anstossen.

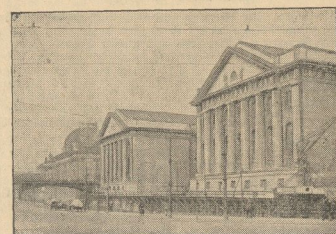
Die Folgen der deutschfeindlichen Küngegebungen. Prag, 1. Oktober.

Nach amtlichen Feststellungen sind in Prag bei den deutschfeindlichen Küngegebungen in der Vormoche Fenster-scheiben und Auslagen im Werte von 170 000 Kronen vernichtet worden. Der übrige Schaden wird mit 150 000 Kronen beziffert. Einschließlich der Kosten der Polizei- und Gendarmereibereitschaft haben die Prager Küngegebungen 350 000 Kronen gekostet.

Neuzeitigen Demonstrationen sitzen — oh im Untersuchungsgefängnis. Bei drei von ihnen wurden Schlägeringe gefangen, bei anderen Steine und Dolche. Eine Untersuchung über die Schuldfrage des Verlangens der Polizei ist im Gange. Eine Reihe von Polizeioffizieren hat den Befehl des Polizeipräsidenten, von Anfang an einschließen einzulassen, nicht befolgt. Die Schuldigen sollen streng bestraft werden. Das sozialdemokratische „Arbeiter-Wort“ erklärt, der Prager Stadtrat habe nichts davon gemerkt, daß Bürgermeister Bata das Aufhängerverbot für deutsche Konzerte durchgesetzt habe. Der Stadtrat habe nicht darüber abgestimmt und diesen Schritt also auch nicht gebilligt.



Welt, das größte . . . der Welt. In England ist jetzt ein Riesens-Flugzeug gebaut worden. Es ist das größte Seeflugzeug der Welt. Unter Bild zeigt das Flugzeug bei einem Probeflug.



Zur Eröffnung des Pergamon-Museums. Am 1. Oktober wurde anlässlich der Sachkundertage der Berliner Staatlichen Museen das auf der Museumsinsel errichtete Pergamon-Museum feierlich eingeweiht.

Bekanntmachung.

Alle amtlichen Schreiben, Bittgesuche, Antragsunterlagen werden prompt und preiswert ausgeführt von Rechtsberater Johannes Wolterstädt, — Bad Nebra —

Sprechstunde in Nebra

jeden Dienstag und Freitag, von 10^{1/2} bis 17 Uhr, Bahnhofsstraße 4 a. Um gütigen Zuspruch bittet D. D.

... und schneeweiß wird die Wäsche durch: **Ozonil** das vorzügliche selbsttätige Waschmittel

KLEIN TORPEDO FÜR BÜRO, REISE UND HEIM!
STABIL, LEICHT UND HANDLICH • BESONDERS GEEIGNET FÜR REISENDE, ARZTE, SCHRIFTSTELLER, GEWERBTREIBENDE USW.
TORPEDO FAHRRADER-SCHREIBMASCHINEN WEILWERKE A.-G., FRANKFURT A. M., RODELHEIM

GESCHAFTS BÜCHER
J.-CHÖNIGERHARDT GESCHAFTSBUCHERFABRIK HANNOVER
und anderer bekannter Firmen liefert
Wiltz, Sauer, Rosleben.

Eine Wohnung sofort zu vermieten
H. Ethner Nebra.
Rot- u. Weisskraut **Wirsing**
Möhren / Kohlrüben Sellerie in Ganzen und Einzelnen empfiehlt
Gärtnerei Kneist
Spielkarten Buchhdl. W. Scharf.

Drucksachen für Handel Gewerbe und Industrie fertigt an Buchdruckerei W. Sauer

Staats-Lotterie-Lose
Ziehung: 1. Klasse am 24. und 25. Oktober erhält man in 1/8 und 1/4-Losen bei **Ernst Günther, Wiehe**

Eine Sensation sind meine billigen Preise!

Wachstuchwandhänger . . . 75 A, 88 A	Pulllover für Kinder . . . 4 05, 2 95
Schlafdecken . . . 95, 75	Gummischürzen f. Dam., Kinder 95 A, 50 A
Bettlaken . . . 2,75, 1,95	Herren-Hosen, lang u. Sport 6,50, 3,95
Schlafker, Winterwate . . . 0,98, 0,68	Weiße Arbeitskleider und Jacken Stück 3,75, 2,95
groß, klein	Herren-Mäntel, elegante Winter, gefüttert 1,45, 0,95
Wachstuch, 100 breit, Meter . . . 0,95, 0,68	Herren-Mäntel, blank prima Tuch 3,95, 2,95, 1,95
Wachstuch, 60er-Breite, Meter . . . 1,25, 0,78	Herren-Unterhosen, schwere Winterwate 350, 250, 1,95
Strick-Unterhosen . . . 2,95, 1,95	
Fragebogen, gefaltet . . . 0,95, 0,68	

Große Auswahl in:
Damen-Kleider für Straße und Ball — Damen-Mäntel farbig u. blau — Kinder-Kleider und Mäntel — Herren-Anzüge und Hosen — Anaben-Anzüge und Hosen während der billigen Tage zu Ausnahmepreisen.

Kaufhaus Nussbaum, Artern.
Jeder Kunde erhält bei 3 Mark Einkauf einen Luftballon gratis!

Neubauer-Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.30 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Köhleben.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhleben.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Reis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köhleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmenzeit 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Neuba — Banverein Aetern.

Nr 117

Donnerstag, den 2. Oktober 1930

43. Jahrgang

Die Kabinettsbeschlüsse.

Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung.
Berlin, 1. Oktober.
Die Reichsregierung veröffentlicht nunmehr den mit großer Spannung erwarteten „Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung“. Er stellt ein überaus umfangreiches, eine Fülle von Einzelheiten behandelndes Dokument dar, das nicht nur die Reichsfinanzen, sondern auch die Haushalte der Länder und Gemeinden sanieren soll und die gesamte Wirtschaft des Reiches auf eine neue Grundlage stellt. Die wichtigsten Bestimmungen des Planes befolgen folgende:

Bilanz des Defizits.

1. Der Fehlbetrag des Haushalts für 1930, den die Reichsregierung auf rund 900 Millionen Mark beziffert, soll innerhalb von drei Jahren durch einen besonderen Fonds getilgt werden, und zwar in Beträgen von etwa 420 Millionen Mark im Jahr.

Haushalt 1931.

2. Um den Haushalt für 1931 auszugleichen, werden die Gehälter des Reichspräsidenten, des Reichstanzlers und der Reichsminister und der Abgeordneten um 20 Prozent, die Dienstbezüge der Reichsbeamten sowie die Pensionen der Kriegsgeld- und Ruhegeldempfänger um 6 Prozent herabgesetzt, und zwar ab 1. April 1931 für die Dauer von drei Jahren. Weiter werden die Löhnerhöhungen an die Länder und Gemeinden um 100 Millionen Mark gestiftet, wozu voraussichtlich infolge des Rückganges der Einnahmen weitere Kürzungen von 288 Millionen Mark treten werden. Die Arbeitslosigkeit des Reiches zur Arbeitslosenversicherung wird auf 420 Millionen Mark begrenzt. Entbunden werden im Reichshaushalt Zehntausende in Höhe von 300 Millionen Mark Gemacht und Tabaksteuer und Tabakzoll so erhöht, daß sie einen Mehrertrag von 167 Millionen Mark abwerfen.

Kontrolle für Länder und Gemeinden.

3. Die Kürzung der Beamtengehälter und Abgeordnetenbezüge wird auch für Länder und Gemeinden eingeführt. Mit den Ländern sollen Maßnahmen zur Milderung des Reiches bei der Haushaltsaufstellung vereinbart werden. Es wird eine Haushaltskontrolle für Länder und Gemeinden eingerichtet. Ferner sind Sparmaßnahmen bei der Reichspflege und einer Verwaltungsvereinfachung in Vorbereitung. Durch diese Maßnahmen sollen auch die Haushalte der Länder und Gemeinden saniert werden.

Weitere Maßnahmen.

4. Sind eine Reihe von Maßnahmen geplant, die eine Vereinfachung des Steuersystems, eine Neuordnung der Wohnungswirtschaft, eine Realsteuerentlastung, die Fortführung und den Ausbau der Agrargebäude und die Verabschiedung eines neuen Finanzausgleichs bezwecken. Durch ein besonderes Gesetz wird endlich sichergestellt, daß die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer dreier Jahre in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren dürfen, sondern daß alle etwa durch Eingang höherer Einnahmen erzielten Überschüsse für steuerliche Entlastung zu verwenden sind. Für das Reich wird ein Spargesetz die Grundlage für weitere Haushaltsparmaßnahmen bilden, denen zur Zeit gesetzliche Bindungen entgegenstehen.

Appell an das opferwillige Volk.

Die lange Verlaubarbeit der Reichsregierung schließt mit folgenden Worten: „Der Plan der Reichsregierung fordert von allen Leuten des deutschen Volkes Opfer. Deutschland muß aber rechtzeitig Anstoß an die Entwidlung in der großen Stunde der Weltwirtschaft finden, die durch die Senkung des Preisniveaus gekennzeichnet ist. Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiterwirken zum Wohle des Ganzen.
Bezüge und Lebenshaltung aller Untermittel- und Arbeitnehmerschichten sowie der Preisstand der deutschen Waren müßte uns gestatten im Weltverkehr der Welt zu bestehen. Nur so werden die Produktionsstätten wieder belebt, nur so die Sorgen wachsender Arbeitslosigkeit von dem deutschen Volk genommen werden. Sorgen, die heute ernste Gefahren für Staat und Wirtschaft bedeuten. Bewußt, daß es keine Redfertigkeit vor der Geschichte dafür gibt, in diesem Augenblick verzagt zu haben, wird die Reichsregierung alles daran setzen, das Ziel zu erreichen.“

Die Aufnahme des Sanierungsprogramms

Berlin, 1. Oktober.
In den der Reichsregierung nachstehenden Kreisen wird betont, daß alle Punkte des Sanierungsprogramms als „Sofort-Programm“ anzusehen sind mit Ausnahme des Finanzausgleichs, der später geregelt werden soll. Die Verhandlungen über die Vorkauf der Arbeitslosenversicherung vom Reichsrat sollen bereits im Zusammenhang mit den Vorbereitungen des kommenden Reichsausschusses geführt werden. Der Reichsarbeitsminister wird auch noch über gewisse Änderungen der Krisenführer mit den beteiligten Stellen beraten. Außerdem dürfte auch das Spargesetz bereits in absehbarer Zeit vorgelegt werden. Durch dieses Gesetz sollen Reformen auf verschiedenen Gebieten herbeigeführt werden, auf denen sich nach Ansicht des Reichsrats noch wesentliche Ausgaben vermeiden lassen. Dazu gehört u. a. die Frage der unbeschäftigten Militäranwärter, die dem Reich jährlich 40 Millionen RM kosten. Es ist anzunehmen, daß eine Berücksichtigung der Bestimmung eintritt, wonach die Gemeinden Militäranwärter einzustellen haben.
In Kreisen der Reichsregierung rechnet man offenbar damit, daß es doch gelingt, das Sanierungsprogramm auf dem verfassungsmäßigen Wege mit Hilfe des Reichstages durchzuführen. Man glaubt nicht, daß sich die Sozialdemokratie einer Sanierung der Reichsfinanzen und beifolgt, welche der Führung der Beamtengehälter in einem Ausmaß überlegen kann, wo ein großer Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten vollkommene Beschäftigungslosigkeit ist.
In politischen Kreisen unterteilt man besonders das Verdienst des Reichsarbeitsministers Stegerwald an dem Sanierungsprogramm, der mit Mut und Verantwortungsfreudigkeit die unpopulären Sparmaßnahmen seines Reichrats auf sich genommen hat. Allerdings sind auch bei anderen Ministern große Verdienste erfolgt. So ist der Grad des Auswärtigen Amtes, der im Laufe des Jahres bereits mehrfach getilgt wurde, auch diesmal weiter zunehmende Entlastungen und zwar so stark, daß die Bezüge der Beamten im Ausland um 21 Prozent herabgesetzt werden.
Die wesentliche Schwierigkeit des ganzen Programms sehen gut unterrichtete Kreise in den Fragen, die mit den Gemeinden und Gemeinden zusammenhängen, namentlich in denen, die die Gemeinden selbst betreffen. Hierzu gehört besonders der Verminderung der Löhnerhöhungen. Der Anteil von Ländern und Gemeinden an dem Steuerausfall ist in dem Kommunale mit 288 Millionen angegeben worden; davon dürfte etwa die Hälfte, also rund 150 Millionen auf die Kommunen entfallen, wozu noch die Kürzung der Löhnerhöhungen um rund 100 Millionen auf Grund der Senkung der Beamtengehälter tritt. Das macht im ganzen 250 Millionen. Wenn die Kommunen sich nicht bei den Kommunen etwas erheblich barriere mitschaffen läßt, als es bisher geschieht. Im übrigen ist zu hoffen, daß die schimmlichen Schwierigkeiten mit Hilfe des 80-Millionen-Fonds beseitigt werden können, der von der Hauszinssteuer abgezweigt wird.
Im ganzen aber ist der erste Eindruck des Sanierungsprogramms der Reichsregierung in politischen Kreisen recht günstig, vor allem deshalb, weil es zeigt, daß das Reichsamt den Kampf gegen die schweren Nöte des Reiches und der Wirtschaft mit aller Energie aufgenommen hat. Wie weit die Parteien im Reichstag diesen Kampf praktisch unterstützen werden, das wird sich erst im Laufe der Verhandlungen übersehen lassen, die der Kanzler nun mit ihren Führern eingeleitet hat.

Der nachgeholt Besuch.

Der Reichspräsident in Laagen und Trier.
Düren, 1. Oktober.
Zu der für den 10. und 11. Oktober angekindigten neuen Rheinlandreise des Reichspräsidenten wird mitgeteilt: Hindenburg wird am 10. Oktober nachmittags voraussichtlich mit seinem an den FJ-Zug angehängten Salonwagen um 16.28 Uhr in Laagen eintreffen. Nach dem Empfangsfeierlichkeiten wird der Reichspräsident in Laagen übernachten und am Sonntag, dem 11. Oktober, voraussichtlich um 7.40 Uhr mit dem Zuge Laagen wieder verlassen und auf der Fahrt nach Trier den Zug in Düren für zehn Minuten verlassen, um für diese kurze Zeit auf den Dürener Bahnhofsvorplatz herauszutreten. Anschließend erfolgt die Weiterreise nach Eisenbach, wo der Reichspräsident die Bahn ebenfalls für etwa zehn Minuten verlassen will. Es folgt sodann die Weiterreise nach Trier, von wo der Reichspräsident abends wieder nach Berlin zurückkehren wird.
An der Reise wird wegen der unübersichtlichen politischen Lage, die die vollständige Anwesenheit des Reichspräsidenten in Berlin notwendig macht, kein Reichsminister teilnehmen.

Die Auflösung des Rhein-Ministeriums

Treutranus Minister ohne Geschäftsbereich.
Berlin, 1. Oktober.
Nach der Auflösung des Ministeriums für die besetzten Gebiete wird Reichsminister Treutranus Minister ohne Geschäftsbereich. In politischen Kreisen wird angenommen, daß Treutranus als solcher seine Bezüge erhalten wird. Bei den Kabinettsberatungen wird er voraussichtlich wohl sich aber keine Stimme lassen. Eine endgültige Entscheidung hierüber ist aber noch nicht gefallen.
Der Reichsminister für die besetzten Gebiete, Freiherr Langewerth von Simmern, tritt infolge Löhnerherabsetzung der Altersgrenze in den Ruhestand. Staatssekretär Schmid, Ministerialdirektor Müller und Präsidialrat Gollak sind mit dem 30. September in den einseitigen Ruhestand versetzt worden.

Hege über die Reichswehrmanöver.

Anerkennung für die Truppen.
Berlin, 30. September.
Der Chef der Heeresleitung, Generaloberst Hege, hat nach Abschluß der großen Manöverübung 1930 nachstehende Verfügung erlassen:

Die große Manöverübung hat mich hinsichtlich ihrer Organisation, ihrer Durchführung und der von Führern, Soldaten, Truppendienst und Verwaltung geleisteten Leistungen außerordentlich beeindruckt. Ich hat mir gezeigt, daß das Reichsheer allen an es zu stellenden Anforderungen voll entspricht, soweit dies mit Rücksicht auf die Beschränkungen des Berliner Vertrags möglich ist.
Mir persönlich war es eine große Freude und Genugung, dem Herrn Reichspräsidenten-Geburtsfest das Reichsheer in dieser ausgezeichneten Verfassung vorführen zu dürfen.
Ich spreche allen, die an der Leitung und Durchführung beteiligt waren, für ihre hingebende, aufopfernde Arbeit und der Truppe für ihre vorzüglichen Leistungen, die sie trotz des schlechten Wetters gezeigt hat, meine volle Anerkennung und meinen aufrichtigsten Dank aus.

„Bewickelte Wirtschaftsfragen.“

Gegen Rückgliederung des Saargebietes um jeden Preis.
Saarbrücken, 1. Oktober.
Das Landesratsmitglied Großkaufmann Richard Becker machte auf einer Tagung des Schutzvereins für Handel und Gewerbe in St. Wendel u. a. folgende Ausführungen: Wir haben unseren Willen, zum Reich zurückzukehren, immer wieder in deutlicher Form betont. Daß die politischen Fragen über kurz oder lang so geregelt werden, wie es dem geschäftlichen Recht unserer Saarbevölkerung entspricht und wie wir und Deutschland es wünschen, daran zweifeln wir nicht.
Bewickelter als die politischen sind die wirtschaftlichen Fragen. Schließlich wollen wir auch eine ähnliche flüssige Regelung vermeiden, wie sie 1919 im Saarland getroffen wurde, eine Regelung, die Inzucht mit Unvollständigkeit zu unserem Schaden verbindet. Deshalb ist es unsere Pflicht, unsere gerechten Forderungen und Wünsche immer wieder geltend zu machen, damit niemand darüber im Irrtum sein kann. Wie werden Gerechtigkeit und Gegengutmachen fordern von Frankreich und Deutschland von Deutschland. Wir sind Gegner einer früheren Rückkehr um jeden Preis, denn das Saargebiet wird auch ohne schädliche Gegenleistungen auf Grund seines Rechtes zum Reich zurückkehren.

Wirtschaft.

gratkosten.
30. September
europäischen
der europäischen
beim Bericht
in Ausschusses der
Ausschusses nahm
den Beschlüssen
genommen, jedoch
Beschleunigung der
Erfahrung.
vorgesehen, daß
Sanktion, Reiches
Bündnisses von
Behandlung der
päischen Märkten
Wirtschaftspolitischen
den Vorauszug
der Bänderbund
r die europä-
politische Sande-
sie sich sofort gegen
nen richtete. Man
berde, das gemein-
zuerbrechen. Man
g zmedien solle,
ob man nach Wien gekommen sei, um eine gemeinsame wirtschaftliche Grundlage der Zusammenarbeit zu finden, oder um systematisch täglich neue Zollmauern zu schaffen, die den internationalen Handel hindern?

Warum Diplomaten bemüht werden.

Ungeerdete polnische Verdächtigungen gegen Danzig.
Danzig, 30. September.
Die polnische diplomatische Vertretung in Danzig hatte sich über angebliche Verdächtigungen polnischer Briefkästen in Danzig beim Senat beklagt.
Die Verdächtigungen bestanden in geringfügigen Kratzen, deren Entschuldigung kaum auf mutwillige Beschädigung zurückgeführt werden konnte, und es wurde damals gleich die Vermutung laut, daß diese Kratzer auf den polnischen Konsulatsgehäusen durch unvorsichtiges Umgehen polnischer Briefträger beim Entleeren der Postfächer entstanden war.
An Verlaß eines Schriftwechsels zwischen dem Danziger Senat und der polnischen diplomatischen Vertretung in Danzig wurden daraufhin sämtliche polnischen Briefkästen photographiert und von Danziger Polizeibeamten in bürgerlicher Kleidung Tag und Nacht bewacht, die nach jedem Entleeren eines Briefes den jeweiligen Briefinhalt neu untersuchten.